

Positionen zur Landespolitik



DIE LINKE.
NORDRHEIN-WESTFALEN

Aus dem Inhalt

Präambel

DIE LINKE: Neue Perspektiven für
Nordrhein-Westfalen – Keine Ruhe geben –
ein Politikwechsel ist möglich

Seite 3

1. Sozialer und ökologischer Umbau
für NRW statt Kapitaldominanz!

Seite 10

2. Öffentlich geht vor Privat –
rekommunalisieren statt privatisieren

Seite 12

3. Gleiche Bildungschancen für alle
in jedem Lebensalter in NRW schaffen!

Seite 14

4. Einwanderungsland NRW mit gleichen Rechten
und Chancen für alle gestalten!

Seite 19

5. Für einen sozialen Kurswechsel in NRW: Sozialabbau
und (Kinder-)Armut bekämpfen!

Seite 21

6. Die Machtstrukturen abschaffen –
für eine feministische Politik in NRW

Seite 25

7. Klimakatastrophe verhindern – Alternativen in der Umwelt-,
Energie- und Verkehrspolitik umsetzen!

Seite 27

8. Kunst, Kultur, Medien

Seite 30

9. Aktive Demokratie verwirklichen

Seite 32

Positionen zur Landespolitik

Präambel

DIE LINKE: Neue Perspektiven für Nordrhein-Westfalen – Keine Ruhe geben – ein Politikwechsel ist möglich

DIE LINKE. NRW ist eine neue politische Kraft. Gleichwohl ist sie nicht geschichtslos. In Nordrhein-Westfalen, dem Bundesland, das wie kaum ein anderes von der Arbeit geprägt wurde, stellt sie sich bewusst in die Tradition der linken Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften. Das Erbe der kommunistischen, sozialdemokratischen und christlichen Widerstandskämpfer bewahren wir, indem wir uns gegen jede Form von Faschismus und Rassismus stellen. Friedens-, Frauen- und Umweltbewegung hatten immer starke Bastionen an Rhein und Ruhr; an diese Bewegungen und die Kämpfe für sozialen und demokratischen Fortschritt knüpfen wir an.

DIE LINKE. NRW steht für soziale Gerechtigkeit und Solidarität. Sie ergreift Partei für abhängig Beschäftigte, kleine Selbständige, Erwerbslose, RentnerInnen, Auszubildende und Studierende, unabhängig von Geschlecht, Alter, Gesundheitszustand, Pass oder Hautfarbe. Mit ihnen zusammen wollen wir den neoliberalen Sozial- und Demokratieabbau stoppen und für mehr soziale Gerechtigkeit und Demokratie eintreten. Wir wollen die Menschen ermutigen, selbstbewusst und solidarisch für ihre Belange zu streiten. DIE LINKE. NRW beugt sich nicht den Wünschen der Mehrheitsaktionäre. Sie baut auf die Kraft der demokratischen Mehrheit. Ihr Kapital ist die Glaubwürdigkeit.

DIE LINKE. NRW ist radikal und realistisch. Sie weiß: Nichts blockiert den Fortschritt von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit, Umweltschutz und Frieden mehr als das kapitalistische System selbst. Für DIE LINKE. NRW ist es gegenwärtig das vorrangigste Ziel, die Vorherrschaft des Neoliberalismus in Wirtschaft und Politik zu beenden und einen politischen Kurswechsel einzuleiten. Kurswechsel heißt für uns: Die Politik muss die Interessen der Menschen in unserem Land statt jene der Wirtschaftskonzerne vertreten. Ein System, das die Profitinteressen einer kleinen Minderheit über alles stellt, muss Ungerechtigkeit, Umwelterstörung und Krieg hervorbringen. Die Folgen des kapitalistischen Raubbaus sind katastrophal. Sie gefährden das Überleben des Menschen und der natürlichen Lebensgrundlagen. Ein „Weiter so“ kann und darf es nicht geben. Die linke Alternative ist der demokratische Sozialismus. Wir verstehen darunter eine Gesellschaft, welche die Ausbeutung von

Mensch und Natur überwindet, indem sie den Einsatz der natürlichen Ressourcen sowie die Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums rational, sozial gerecht, nachhaltig und demokratisch regelt. Nur so kann die freie Entfaltung jeder und jedes einzelnen zur Bedingung der freien Entfaltung aller werden.

DIE LINKE. NRW ist für Umverteilung von oben nach unten. Gemessen am Brutto sozialprodukt steht das Land NRW an fünfter Stelle – unter den Staaten Europas. NRW ist ein reiches Land. Aber: Zwei Drittel aller Vermögen gehören einem Fünftel der Haushalte. Die reichsten 5 % davon kontrollieren allein fast 30 % des Gesamtvermögens. SPD, CDU, FDP und Grüne haben die Umverteilung von unten nach oben massiv gefördert. Diese Politik war und ist sozial ungerecht und wirtschaftlich unverantwortlich. Sie senkt die Massenkaukraft, vergrößert den Reichtum Weniger und fördert spekulative Börsenblasen. Wir fordern: Umsteuern! Unser Land kann sich die Steuerfreiheit für große Vermögen nicht leisten. Hohe Erbschaften und Spitzen einkommen sind drastisch höher und effektiv zu besteuern. Die von der großen Koalition unter Führung von Müntefering und Merkel erhöhte Mehrwertsteuer muss wieder gesenkt werden.

DIE LINKE. NRW steht für soziale Sicherheit. Soziale Sicherheit beruht auf Solidarität. Entsolidarisierung zerstört diese. Ohne außerparlamentarisches Engagement gegen Sozial- und Demokratieabbau sind soziale Perspektiven für uns undenkbar. Daher waren und sind wir an der Seite derer, die sich gegen Hartz IV zur Wehr setzen, die opponieren, wenn in NRW Studiengebühren eingeführt, Sozial-, (Weiter-)Bildungs- und Kultureinrichtungen beschnitten oder geschlossen werden, wenn hierzulande Gesundheit und Bildung immer mehr zur Ware gemacht werden sollen, die nicht mehr für alle bezahlbar ist. Wir greifen Vorschläge von Gewerkschaften, Sozialverbänden, Initiativen und sozialen Bewegungen auf und formulieren alternative Politikvorschläge. DIE LINKE. NRW lehnt die Privatisierung der Lebensrisiken Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit ab. Diese Privatisierung macht Altersarmut, Klassenmedizin und Hartz IV zur beständigen Bedrohung für die breite Mehrheit der Bevölkerung. Sozial und sicher ist nur die linke Alternative: eine solidarisch finanzierte, gesetzlich garantierte Bürgerversicherung für alle. Sozial ist, was Würde sichert. Die Hartz-Gesetze müssen abgeschafft werden. Eine repressionsfreie, soziale und bedarfsorientierte Grundsicherung, die ihren Namen verdient, muss her. Armut muss und darf es – im 21. Jahrhundert, in einem der am höchsten industrialisierten Länder der Welt – nicht geben. Es ist eine Schande, dass in NRW jedes vierte Kind in Armut aufwächst. Dass dies politisch in Kauf genommen wurde und wird, ist ein guter Grund, nicht mehr SPD, CDU, FDP oder die Grünen zu wählen. Erneuerte soziale Sicherungssysteme müssen gewährleisten, dass niemand arm ist, ausgegrenzt wird und in prekären Verhältnissen leben muss – dazu gehört auch ein Grundrecht auf guten Wohnraum.



DIE LINKE. NRW steht für das Recht auf (menschenwürdige) Arbeit. Die LINKE setzt sich für die Umsetzung des Artikels 24 der Landesverfassung ein: „Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen. Der Schutz seiner Arbeitskraft hat den Vorrang vor dem Schutz materiellen Besitzes. Jedermann hat ein Recht auf Arbeit.“ Zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit benötigt NRW Investitionen in die Zukunft, den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und öffentlich geförderten Beschäftigung, sowie Förderprogramme für Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit. Wir brauchen eine Erhöhung der Löhne und Einkommen für eine Stärkung der Binnenkaufkraft, weshalb wir gewerkschaftliche Lohnkämpfe und die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von gegenwärtig mindestens 8,50 Euro unterstützen. Notwendig sind deutliche Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich. Wir treten ein für ein Tariftreue-Vergabegesetz, ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm und eine Stärkung der Mitbestimmungsrechte in der Wirtschaft sowie im öffentlichen Dienst im Landespersonalvertretungsgesetz. Die Leiharbeit muss zurückgedrängt werden und „Ein-Euro-Jobs“ müssen verschwinden. Wir setzen uns für eine gesetzliche Regelung eines Verbots von Massenentlassungen ein. Die Menschen in diesem Land leisten gute Arbeit. Diese Arbeit muss gut bezahlt und abgesichert sein. Deshalb müssen prekäre Arbeitsverhältnisse zurückgedrängt werden. Gute Arbeit bedeutet auch: Möglichkeiten zur Entfaltung und Weiterentwicklung, Reduzierung von Konkurrenz und Druck, Planungssicherheit statt Angst vor Arbeitsplatzverlust und Abrutschen in die Armut. Dafür kämpft DIE LINKE.

Die LINKE. NRW ist für eine soziale und ökologische Industriepolitik. NRW ist, insbesondere auch mit dem Ruhrgebiet, ein wichtiges Industrieland. Mit dem Ausstieg aus der Steinkohle ohne ein Programm zur Förderung alternativer Arbeitsplätze organisiert schwarz-gelb den Rückzug, lässt das Ruhrgebiet zum Armenhaus NRW's verkommen. Die LINKE. NRW setzt sich demgegenüber für eine innovative, soziale und ökologische Industriepolitik ein. Der Schlüssel liegt in innovativen Produkten in den Bereichen Medizintechnik, energieeffizientem Wohnen und Heizen, Ressourcen schonender Produktion und Produkten, der Entwicklung neuer Antriebe und Werkstoffe, dem verstärkten Einsatz natürlicher und nachwachsender Rohstoffe, statt wachsender Abhängigkeit von knappen Rohstoffen und Energieressourcen. Wir setzen uns dafür ein, beim notwendigen Strukturwandel neue industrielle Arbeitsplätze zu schaffen. Dadurch entstehen auch Arbeitsplätze im Dienstleistungs- und anderen Wirtschaftsbereichen. Deshalb fordern wir von Bundes- und Landesregierung, die eingesparten Subventionen für die Steinkohle für ein Programm alternativer Industriearbeitsplätze im Ruhrgebiet einzusetzen. Wir fordern die Landesregierung auf, ein Programm vorzulegen, wie wichtige Industriebranchen in NRW ausgebaut und weiterentwickelt werden können. Dabei soll mit den Gewerkschaften, Arbeitgeber-, Umweltverbänden und Kommunen zusammengearbeitet werden.

DIE LINKE. NRW ist die Partei der gleichen Bildungschancen für alle. Der Bildungserfolg von Kindern in Deutschland und in NRW hängt so stark vom sozialen Status und der Herkunft der Eltern ab wie sonst kaum in Europa. Das Festhalten am überkommenen und sozial selektiven mehrgliedrigen Schulsystem, die weiteren Verschlechterungen der Betreuungssituation im Bereich frühkindlicher Bildung und die Einführung von Studiengebühren verschärfen diese Krise noch. DIE LINKE. NRW fordert einen Rechtsanspruch auf gebührenfreie KITA-Plätze ab dem ersten Lebensjahr und einen Ausbau altersgemischter Kleingruppenangebote. Wir streiten für ein Gemeinschaftsschulsystem, das niemanden zurücklässt und allen Kindern gleiche Chancen eröffnet. Bildungsfinanzierung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und darf keine Privatsache sein – auf Kosten des freien Bildungszugangs und der Bildungserfolge von jungen Menschen. Deshalb lehnen wir Gebühren für Bildung in jeder Form ab und streiten für mehr Investitionen in das Bildungswesen. Die Landesregierung muss mehr tun für Ausbildung. Sie muss die Ausbildungsquote im öffentlichen Dienst erhöhen und sich für die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe einsetzen, welche Unternehmen, die nicht ausbilden, obwohl sie es könnten, zur Kasse bittet. Wir fordern den Erhalt und Ausbau der Erwachsenenbildungseinrichtungen/Volkshochschulen und des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes. Wir setzen uns für eine emanzipatorische Bildung ein und fordern deshalb die Demokratisierung von Bildungseinrichtungen und eine stärkere Mitbestimmung der Lernenden bei Entscheidungsprozessen.

DIE LINKE. NRW steht für Chancengleichheit für und die Förderung von Frauen!

Von einer tatsächlichen Gleichberechtigung kann keine Rede sein. Die wichtigsten Entscheidungen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Justiz werden – von wenigen Ausnahmen abgesehen – von Männern getroffen, auch in NRW. Besonders in der Privatwirtschaft sind Spitzenpositionen männlich und Niedriglohn- sowie Teilzeitbeschäftigung weiblich. „Reformen“ wie die Hartz-Gesetze verschärfen zudem die Abhängigkeit vieler Frauen. Die Geschlechterungerechtigkeit ist nach wie vor enorm – Deutschland ist in Sachen Lohnkluft fast das Schlusslicht in Europa, weil Frauen hierzulande ca. 22 % weniger Lohn für ihre Arbeit als Männer erhalten und die weibliche Altersarmut nimmt zu. Hier ist Entgeltgleichheit herzustellen. Um die Mehrfachbelastung von Frauen durch Beruf und Familie zu verringern und diese Arbeit fair zwischen den Geschlechtern aufzuteilen, fordert DIE LINKE. NRW die 30-Stundenwoche. Die Betreuungslage für Unter-3-Jährige in NRW ist weiterhin mangelhaft. Mit dem Kinderbildungsgesetz („KiBiz“) droht eine weitere Verschlechterung der Kinderbetreuungssituation von der – neben Kindern – vor allem alleinerziehende, prekär beschäftigte oder kinderreiche Frauen mit geringem Einkommen betroffen sind. DIE LINKE. NRW fordert eine schnelle Verbesserung dieser Situation. Durch die Einsparungen bei frauenspezifischen Beratungsstellen, Förderprogrammen sowie Mädchen- und Frauenhäusern zeigt die Landesregierung ihre frauenfeindliche Haltung. Gemeinsam mit den Frauen kämpfen wir für den Ausbau frauenpolitischer Einrichtungen. DIE LINKE. NRW fordert auf der Grundlage einer abgesicherten (Landes-)Finanzierung den Erhalt und Ausbau von Schutz- und Frauenhäusern in jeder Kommune; die Wiederinstallation der Regionalstellen „Frau & Beruf“; spezifische Beratungsstellen bei den ARGEn und die Umsetzung von Frauenförderprogrammen in öffentlichen und privaten Arbeitsbereichen.

DIE LINKE. NRW steht für ein Einwanderungsland NRW. Seit Beginn des vergangenen Jahrhunderts sind Hunderttausende von Menschen unterschiedlichster Herkunft, ob aus dem Osten oder dem Süden Europas oder anderen Teilen der Welt, zu uns gekommen. DIE LINKE tritt ein für die volle juristische, sozialpolitische und (wahl)rechtliche Gleichberechtigung und Partizipation aller hier lebenden MigrantInnen. Wir setzen uns für den Stopp von Abschiebung ein und erkennen an, dass Nordrhein-Westfalen schon lange ein Einwanderungsland ist. Viele der rund 4,3 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund wurden früher angeworben, um den Arbeitskräftemangel zu beheben, andere wurden aus ihren Herkunftsländern vertrieben. Ihnen allen machte man zu lange keine Integrationsangebote, weil die Bundesrepublik angeblich kein Einwanderungsland war. Dies wollen wir nachholen und mit wechselseitigem Respekt und einer offenen Gesellschaft vorantreiben.

DIE LINKE. NRW ist eine konsequente Friedenspartei. Gemeinsam mit der Friedensbewegung wenden wir uns gegen Kriegsbeteiligung und Auslandseinsätze. Der sog. „Krieg gegen den Terror“ bringt das Gegenteil von Frieden und Sicherheit. Er

hat sich schon jetzt als das teuerste Terrorförderprogramm der Geschichte erwiesen. Wir fordern: Schluss mit dem mörderischen Irrsinn und mit jeglicher Kriegsbeteiligung. Wir lehnen In- und Auslandseinsätze der Bundeswehr ab. Ihre Auf- und Umrüstung zur weltweiten Angriffsarmee muss gestoppt und rückgängig gemacht werden. Militärstandorte im Land, über die Kriegseinsätze ausländischer und deutscher Truppen geleitet oder unterstützt werden, sind zu schließen. Wir betrachten Rüstungsprodukte nicht als Wirtschaftsgüter, sondern als Instrumente zum Töten von Menschen. NRW muss ein Land werden, in dem nicht für den Krieg, sondern für den Frieden geforscht und gearbeitet wird. Wir setzen uns für zivile Alternativen zur Rüstungsproduktion ein und wollen die Landesförderung für Friedens- und Konfliktforschung wieder ausbauen und etablieren. Wir fordern die Menschen in NRW dazu auf, keinerlei Kriegsbeteiligung und Kriegsvorbereitung vor der eigenen Haustür zu dulden. Frieden braucht Bewegung – vielfältig und massenhaft, beharrlich, gewaltfrei und fantasievoll.

DIE LINKE. NRW steht für die Demokratisierung der Demokratie. Nur so ist der notwendige Systemwechsel zu verwirklichen. Eine menschlichere Gesellschaft kann nur von den Menschen selbst ausgehen. Sie muss von der breiten Mehrheit gewollt, getragen und gestaltet werden. Sie erfordert das aktive Heraustreten aus der passiven Zuschauerrolle. Als bloße Zuschauerdemokratie verkümmert Demokratie. Sie verkommt zur verwalteten, inszeniert-gelenkten „Demokratie“. Gegen die Entdemokratisierung setzt DIE LINKE. NRW auf die Erweiterung der Demokratie. Diese ist so direkt wie möglich zu gestalten. Sie muss möglichst bürgernah, transparent und dezentral organisiert werden. Volksentscheide und Bürgerbegehren sind zu erleichtern und die Einspruchsrechte Betroffener zu erweitern. Mehr Demokratie heißt nicht zuletzt: mehr betriebliche Mitbestimmung und das Recht auf Generalstreik. Linke Politik wartet nicht auf Wunder von oben, sondern entfaltet Druck von unten. DIE LINKE. NRW ist die Wahl- und Alltagsalternative zur großen Koalition der sozialen Kälte. Wir arbeiten mit und in den Gewerkschaften, den alten und neuen sozialen Bewegungen, der Friedens-, Frauen-, Umwelt- und Antifa-Bewegung sowie Initiativen und Vereinen für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in NRW. Wir unterstützen große und kleine Reformschritte in diese Richtung. Eine Politik, die Sozialabbau betreibt, privatisiert und die Ausbeutung der Beschäftigten verschärft, tolerieren wir nicht. DIE LINKE. NRW ist zu verantwortungsbewusst, um sich für eine verantwortungslose Politik missbrauchen zu lassen. Wir treten in der Gesellschaft und in den Parlamenten für eine andere, menschlichere Politik ein.

DIE LINKE. NRW ist für den Erhalt und Ausbau des öffentlichen Eigentums. In demokratischen Gesellschaften gilt das Primat der Politik vor privaten Profitinteressen. Wirtschaftspolitik muss in der Politik – nicht in der Wirtschaft – gemacht werden. Öffentliches Eigentum und öffentlicher Einfluss müssen gestärkt werden. Wir streben die Kontrolle von Schlüsselbereichen der Wirtschaft durch die öffentliche

Hand an. „Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden. Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten“ (Artikel 27 der NRW-Landesverfassung). Wir lehnen die Privatisierungspolitik von Bund, Land und Kommunen ab und fordern die Rückführung des bereits Privatisierten in öffentliches Eigentum. Das Eigentum der Kommunen und des Landes an Wohnungen sind zu erhalten, Wasser- und Stadtwerke sind zu rekommunalisieren und die wirtschaftslenkende Rolle der öffentlichen Hand ist wieder auszubauen.

DIE LINKE. NRW steht für einen Politikwechsel. Die CDU/FDP-Landesregierung steht für ein ungezügelt Unternehmertum. Dafür werden wesentliche Rahmenbedingungen geändert: Durch die Änderung der Gemeindeordnung schränkt man die Möglichkeiten für kommunale Wirtschaftsunternehmen jenseits des Profitprinzips stark ein und entmachtet Stadträte und damit die Bürgerinnen und Bürger. Mit dem Schlagwort „Public Private Partnership“ fördert die Landesregierung die Privatisierung von Aufgaben der öffentlichen Hand und ihre Überantwortung an Unternehmen. Durch die Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes beschneidet man die Mitbestimmung der Beschäftigten. Mit der Einführung von Studiengebühren und der krassen Verschlechterung der Kinderbetreuungssituation durch das sog. KiBiz verschlechtert sich die Chancengleichheit hierzulande weiter. Doch dieses Land braucht nicht nur einen Regierungswechsel, sondern vielmehr einen Politikwechsel. Dafür steht DIE LINKE als einzige klare Opposition. Die Regierung von Schwarz-Gelb in Düsseldorf hat nicht bei Null angefangen – sie setzt die neoliberale Politik der rot-grünen Vorgängerregierungen fort, hat sie allerdings noch verschärft. Der Politikwechsel beginnt damit, dass die Politik der Verschönerung öffentlichen Eigentums gestoppt, der Personalabbau im öffentlichen Dienst sowie der Sozialabbau beendet und die Änderung im Landespersonalvertretungsgesetz zurückgenommen werden. Wir erwarten den Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Der Grundsatz der Gebührenfreiheit im gesamten Bildungsbereich ist wiederherzustellen und die Durchsetzung der Gemeinschaftsschule („eine Schule für alle“) muss energisch angepackt werden. NRW muss u.a. durch beharrliche Bundesratsinitiativen für eine steuerliche Umverteilungspolitik eintreten. Die Erneuerung unserer Sozialsysteme und eine zielorientierte Investitionspolitik von Land und Kommunen können finanziert werden, wenn Reiche und GroßverdienerInnen stärker besteuert und kleine und mittlere Einkommen wieder stärker entlastet werden. Wir wollen eine Politik, die für die Menschen ist, weil sie von ihnen gemacht wird.

**Eine andere Politik für NRW ist notwendig – und sie ist möglich.
Dafür treten wir an.**

1. Sozialer und ökologischer Umbau für NRW statt Kapitaldominanz!

Die Konjunktur läuft rund für die DAX-Konzerne und deren Vorstände. Beschäftigung wird jedoch nahezu ausschließlich in Form von prekären Arbeitsverhältnissen geschaffen. Langzeitarbeitslose und Jugendliche haben nichts davon. Kehrseite des Exportweltmeisters sind: Lohnsenkung, unsichere Beschäftigung und Steuergeschenke an die Konzerne. Damit muss endlich Schluss sein! Um ein selbstbestimmtes Leben und sinnvolle, sozial gestaltete Arbeit für alle zu ermöglichen, ist ein grundsätzlicher Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik unumgänglich. DIE LINKE. NRW will der Landesverfassung Geltung verschaffen, die das Wohl des Menschen in den Mittelpunkt des Wirtschaftslebens stellt (Art. 24,1).

■ DIE LINKE. NRW unterstützt parlamentarische und außerparlamentarische Initiativen, die Löhne und Einkommen verbessern. Das ist nicht nur sozial gerecht, es ist auch wirtschaftspolitisch dringend notwendig, um den Aufschwung durch private Binnennachfrage zu stabilisieren.

■ DIE LINKE. NRW unterstützt gewerkschaftliche Kampagnen für „Gute Arbeit!“ Dazu gehört auch eine Bezahlung, die ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. DIE LINKE. NRW setzt die Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8+Euro fort.

■ Wir treten für ein Vergabegesetz ein, das Tariftreue und gesetzlichen Mindestlohn, ökologische Kriterien und die ILO-Kernarbeitsnormen als Voraussetzung öffentlicher Aufträge festschreibt.

■ Auch bei Leiharbeit, die wir ablehnen, muss mindestens der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“ gelten. Personal-Service-Agenturen im Öffentlichen Dienst, wie sie von der Landesregierung und von Kommunen zu Zwecken des Lohndumpings entwickelt werden, lehnen wir ab.

■ Die Landesregierung muss die schon von Rot-Grün eingeführte Arbeitszeitverlängerung im Öffentlichen Dienst zurücknehmen. Arbeit braucht Grenzen. Arbeit muss gerechter verteilt werden. DIE LINKE. NRW tritt für eine Senkung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit ein und unterstützt alle betrieblichen und gewerkschaftlichen Initiativen in Richtung Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.

■ DIE LINKE. NRW tritt für eine erhebliche Stärkung demokratischer Mitbestimmungsrechte in der Wirtschaft ein, die geeignet ist, die Macht des Kapitals zu begrenzen. Das entspricht Art. 26 der Landesverfassung NRW, der für ArbeitnehmerInnen eine „gleichberechtigte Mitbestimmung bei der Gestaltung der wirtschaftli-

chen und sozialen Ordnung“ vorsieht. Die nach Gutsherrenart verhängten Einschränkungen des Landespersonalvertretungsgesetzes für Verwaltungen und Unternehmen des öffentlichen Dienstes müssen zurückgenommen werden.

■ DIE LINKE. NRW tritt für ein Zukunftsinvestitionsprogramm für soziale und ökologische Nachhaltigkeit ein. Mit diesem Programm unterstützt die LINKE. Investitionen in den Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge, für Krankenhäuser, erneuerbare Energien und kommunale Infrastruktur. Ein solches Programm schafft Hunderttausende Arbeitsplätze in NRW. Es stärkt die Binnennachfrage und kleine sowie mittlere Unternehmen.

■ Statt Kombilohn-Modelle wollen wir öffentlich geförderte Beschäftigung als Teil des Zukunftsprogramms. Öffentlich geförderte Beschäftigung ist unumgänglich, um gerade Langzeitarbeitslosen eine Chance auf eine sinnvolle, tariflich gesicherte und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu geben. Insbesondere auf kommunaler Ebene treten wir für die Umwandlung von 1-Euro-Jobs in reguläre Arbeitsverhältnisse ein.

■ Um den finanzpolitischen Spielraum des Landes und der Kommunen für ein solches Investitionsprogramm zu vergrößern, setzt DIE LINKE. NRW auf die Stärkung der Einnahmenseite. Wir fordern eine Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung von Vermögenssteuer, Börsenumsatzsteuern, die Ausweitung der Erbschaftssteuer und die Stärkung der von den Kommunen erhobenen Gewerbesteuern.

■ DIE LINKE. NRW fordert eine Gemeindefinanzreform, die zukünftige Investitionen und die Tätigkeiten der Kommunen sicherstellt.

■ Die Unternehmenssteuerreform muss zurückgenommen werden. Sie kostet NRW mindestens 300 Mio. Euro im Jahr, Geld das dringend für Investitionen in die Zukunft gebraucht wird.

■ DIE LINKE. NRW lehnt den von Bund und Land betriebenen Börsengang der RAG ab. Wir sind entschieden gegen eine Politik, die Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert. Wir treten ein für die Überführung des RAG-Konzerns in eine öffentlich-rechtliche Stiftung. Ihr Zweck ist eine Weiterführung der Ruhrkohle AG, ohne Anteile zu verkaufen. Ziel ist es, die Ewigkeitskosten zu decken, die sozialen und kulturellen Folgen des Bergbaus zu tragen, die Aus- und Weiterbildung und die öffentliche Beschäftigung zu fördern, sowie den Energiebereich für eine effiziente und regenerative Energiepolitik zu nutzen. Die Gewinne der wirtschaftlichen Tätigkeit werden ausschließlich für diese Zwecke verwendet.

■ DIE LINKE. NRW hält zum jetzigen Zeitpunkt mittelfristig einen Sockelbergbau für sinnvoll, insbesondere für die Koksleherversorgung. Aufgrund der Unwägbarkeiten

halten wir eine fundierte Überprüfung der zukünftigen Kohlemenge für notwendig. Die RAG muss auch ihre Verantwortung für die 2.500 Ausbildungsplätze übernehmen und sich an einer Verbundlösung zum Erhalt beteiligen. Die Menschen an der Ruhr haben ein Recht auf Zukunft. Wir fordern ein Förderprogramm von Bund und Land für Arbeitsplätze im Bereich erneuerbarer Energien und energetischer Häusersanierung, das insbesondere für die Bergbauregionen im nördlichen Ruhrgebiet greift. Dabei ist auch die Situation der Zulieferindustrie mit rund 70.000 Arbeitsplätzen zu berücksichtigen.

■ Der „Wettbewerb der Regionen“ um Zukunftsprojekte als Grundprinzip der öffentlichen Förderung stellt die Förderung von Regionen bzw. Kommunen mit hoher Arbeitslosigkeit und hoher Armutsquote in Frage und widerspricht dem Grundgesetzgebot der „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“. DIE LINKE. NRW lehnt deshalb die von der schwarzgelben Landesregierung geänderten Kriterien für die Vergabe der Ziel-II-Fördermittel der EU ab.

■ DIE LINKE. NRW tritt für nachhaltige Regionalpolitik ein. Entscheidende Kriterien für die Vergabe von Fördermitteln müssen die regionale Wirtschaftsstruktur und die regionale Situation auf dem Arbeitsmarkt mit den bewährten Verfahren und Instrumenten und konsensorientierten Entscheidungsstrukturen sein. Eine Förderung darf nicht am wegen der Haushaltsnotlage vieler Kommunen nicht aufzubringenden Eigenanteil scheitern.

2. Öffentlich geht vor Privat – rekommunalisieren statt privatisieren

Mit Privatisierung und Public-Private-Partnership-Projekten betreibt die Landesregierung die Auslieferung der öffentlichen Daseinsvorsorge an private, profitorientierte Unternehmen. Sie gefährdet damit die flächendeckende Versorgung mit öffentlichen Gütern und verhindert den uneingeschränkten Zugang aller BürgerInnen unabhängig von ihrer sozialen Situation. Die Änderung des § 107 Gemeindeordnung schränkt die Möglichkeiten für kommunale Wirtschaftstätigkeit jenseits des Profitprinzips weiter ein und entmacht die Stadträte. Das bedeutet die Enteignung von Gemeineigentum mit der Folge höherer öffentlicher Verschuldung, Einnahmeverlusten und einer Ausbelebung der öffentlichen Kontrolle. Markt und Wettbewerb kennen keine soziale Gerechtigkeit und keine ökologischen Erfordernisse. DIE LINKE. NRW ist gegen ein Wirtschaftsverbot für die Kommunen und für eine Daseinsvorsorge in öffentlicher, kommunaler Hand. Einrichtungen und Produkte der Daseinsvorsorge müssen auf qualitativ hohem Niveau und preisgünstig für alle BürgerInnen gesichert werden. Das ist nur möglich, wenn die Daseinsvorsorge der Profitmaximierung entzogen ist.

Die Rechte der Kommunen müssen gestärkt werden.

■ DIE LINKE. NRW unterstützt alle kommunalen Aktivitäten, um Abfallwirtschaft, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Stadtwerke und Energieversorgung zu rekommunalisieren.

■ Wohnen ist Menschenrecht. DIE LINKE. NRW ist gegen die Privatisierung der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG), auch im Interesse einer sozialen, beeinflussbaren Stadtentwicklung. Der Verkauf der LEG an private, profitorientierte Wohnungsgesellschaften oder gar Private Equity Fonds muss unterbunden werden. Wir lehnen die Zustimmung der Landesregierung zur Zulassung börsennotierter Immobilienfonds (REITS) ab, die nur an kurzfristigen, höchstmöglichen Renditen interessiert sind, „Immobilien-Heuschrecken“ also.

■ Die RAG-Wohnungen müssen in die soziale Wohnungspolitik der öffentlichen Hand einbezogen werden. Die besonderen Rechte der Bergleute müssen erhalten werden.

■ DIE LINKE. NRW ist für den Erhalt der öffentlich-rechtlichen Sparkassen, ihrer kommunalen Einbindung und eine Stärkung ihrer Gemeinwohlorientierung. Die Bestrebungen der Landesregierung, sie für private Investoren zu öffnen, lehnen wir ab. lehnt eine Privatisierung der WestLB und weiteren Arbeitsplatzabbau entschieden ab. Wir setzen uns dafür ein, dass die WestLB sich in ihrer Geschäftstätigkeit auf die Aufgaben einer öffentlich-rechtlichen, regionalen Förderbank konzentriert, statt mit privaten Großbanken um eine Rolle als „global Player“ auf den Finanzmärkten zu konkurrieren, was dem Land mehrfach Milliardenverluste eingebracht hat. Der Zugang zu einem kostenlosen Girokonto muss für jeden und jede im Sparkassengesetz gesetzlich garantiert werden.

■ DIE LINKE. NRW fordert die Sicherung der Gesundheitsversorgung durch den Erhalt von Krankenhäusern in öffentlicher, kommunaler Hand. Gesundheitsdienstleistungen sind keine Ware. Die Verpflichtung der Kommunen, in Zukunft 40 % statt 20 %



der Krankenhaus-Kosten zu tragen, gefährdet die flächendeckende Versorgung mit Krankenhäusern und verstärkt den weiteren Privatisierungsdruck. DIE LINKE. NRW lehnt auch eine Privatisierung der Universitätskliniken des Landes ab.

■ DIE LINKE. NRW ist sich bewusst, dass nur eine umfassende gesellschaftliche Umgestaltung die Vorherrschaft der Kapitalverwertung überwinden wird.

3. Gleiche Bildungschancen für alle in jedem Lebensalter in NRW schaffen!

Bildung ist ein Menschenrecht, das frei und allgemein zugänglich sein muss – unabhängig von der sozialen, ethnischen oder regionalen Herkunft. Doch das Gegenteil ist heute in NRW Realität. Nirgendwo sonst in Europa hängen die Bildungschancen so stark von der sozialen Herkunft ab. Das mehrgliedrige Schulsystem in NRW mit Haupt-, Real-, Gesamt- und Förderschulen sowie Gymnasien führt zu einer frühen Selektion, unter der vor allem Kinder aus armen Familien zu leiden haben. Eine sozialistische Bildungspolitik setzt hingegen auf individuelle Förderung statt Auslese. DIE LINKE. NRW tritt deshalb für einen umfassenden Umbau des Bildungssystems ein. Damit dies gelingt, müssen wesentlich mehr öffentliche Gelder in Bildungseinrichtungen fließen. Dazu wollen wir auch die Lehrerbildung auf den Prüfstand stellen. Andere Länder (Schweden, Finnland) zeigen, dass durch mehr frühkindliche Bildungsangebote und ein integriertes Schulsystem, das wesentlich besser ausgestattet ist, Chancenungleichheit erheblich abgebaut werden kann. Wir stehen ein für Gebührenfreiheit in der Bildung, für eine Bildungsfinanzierung, welche die gesamte Gesellschaft in die Pflicht nimmt und nicht Finanzierungsnöte des Landeshaushalts auf die Schwächeren abwälzt, wie Studiengebühren es tun. Bildung bedeutet für uns die umfassende Entwicklung menschlicher Fähigkeiten im Dienste einer humanistischen Entwicklung unserer Gesellschaft. Sie soll Spaß machen, das eigenständige Denken und die emanzipatorische Entwicklung mündiger Individuen fördern und zum kritischen Hinterfragen gesellschaftlicher Zustände und Strukturen befähigen. Bildung sollte zudem auf die Erlangung von sozialen und emotionalen Kompetenzen zielen, die die wesentlichen Voraussetzungen für eine solidarische Gesellschaft sind. Lernen ist ein lebenslanger Prozess. Daher fordert DIE LINKE. NRW eine grundlegende Neuausrichtung der Bildungspolitik hin zu einer ganzheitlichen Bildungspolitik unter dem Credo: Gleiche Bildungschancen für alle in jedem Lebensalter und in jeder Lebenssituation. Das heißt die Möglichkeiten zu schaffen, dass Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen unabhängig von der Art ihrer Behinderung gleiche Bildungschancen haben. Wir fordern ein Barrierefreies Bildungssystem.

Bildung fängt schon vor der Schule an!

Kindertageseinrichtungen begreifen wir in erster Linie auch als Bildungseinrichtungen. DIE LINKE. NRW will Kindertagesstätten und Krippen, die nicht verwahren, sondern Räume schaffen, in denen Kinder von klein auf zu starken, freien, selbstbewussten, sozial kompetenten und mündigen Menschen heranwachsen. Wir fordern deshalb einen sofortigen Stopp des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz), mit dem die Landesregierung Qualitätsstandards abbauen, Elternbeiträge erhöhen, das KiTa-Personal prekären Beschäftigungsverhältnissen und den KiTa-Bereich allmählich der Ökonomisierung und Privatisierung ausliefern will – auf Kosten der Kinder, der Eltern mit Niedrigeinkommen, von Elterninitiativen und der Kommunen.

Deshalb fordert DIE LINKE. NRW:

- einen Rechtsanspruch auf gebührenfreie KiTa-Plätze ab dem ersten Lebensjahr und den damit verbundenen Ausbau gebührenfreier, altersgemischter Kleingruppen.
- KiTas müssen zu Bildungseinrichtungen umgewandelt werden.
- die Anhebung der Qualifikation von ErzieherInnen, was die Ausbildung an Fachhochschulen, höheren Verdienst und mehr Zeit zur Weiterbildung einschließt.

Eine Schule für Alle in NRW schaffen!

Wir setzen uns für ein kostenloses, pädagogisch hochwertiges und flächendeckendes Ganztagschulsystem in Grund- und weiterführenden Schulen ein. Solange dies noch nicht verwirklicht ist, sind Kinderhorte zu erhalten. Insbesondere Sprachförderangebote müssen für alle Kinder mit entsprechendem Bedarf stattfinden. Die Mehrsprachigkeit von Kindern mit Migrationshintergrund muss als Chance verstanden und gefördert werden. So sollen diese Sprachkenntnisse in den Grundschulen in Form von Ergänzungsunterricht und in den weiterführenden Schulen als offene Fremdsprachenangebote für alle gefördert werden. DIE LINKE. NRW befürwortet interkulturelle und antirassistische Ausbildungsinhalte für alle ErzieherInnen und LehramtswärterInnen, damit diese mit Sprachschwierigkeiten und der Vielfalt von Kindern kompetent umgehen können. Das von der Landesregierung trotz gegenteiliger wissenschaftlicher Erkenntnisse verteidigte mehrgliedrige Schulsystem ist ein Relikt der Klassengesellschaft des Kaiserreichs. Es dient vor allem der Selektion nach sozialer und ethnischer Herkunft und fördert den Konkurrenz bzw. Leistungsdruck. Solidarität und Chancengleichheit sind für DIE LINKE. NRW aber zentrale Werte, die auch dem Föderalismus nicht geopfert werden dürfen. Deshalb fordern wir die Umsetzung des längeren gemeinsamen Lernens und „Eine Schule für alle“ bis zur 10. Klasse. Die im neuen Schulgesetz vorgeschriebene Auflösung der Schulbezirke spätestens zum Schuljahr 2008/09 fördert die bereits bestehende Bildung schulischer Gettos. DIE LINKE. NRW wird den Protest dagegen verstärken. Wir wollen mehr Demokratie in den Schulen. In der Schulkonferenz ist eine Stärkung der SchülerInnenposition geboten. Daher setzen wir uns für ein Verhältnis von 40 % SchülerInnen, 40 % LehrerInnen und 20 % Eltern an der Schulkonferenz ein (40-40-20 Parität).

Deshalb fordert DIE LINKE. NRW:

- eine Schule für alle von der ersten bis zur zehnten Klasse;
- die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems bei ausreichender Ausstattung aller Schulen für die Ermöglichung notwendiger individueller Förderung;
- Bildung als individuelle Förderung, statt Kopfnoten und Leistungsdruck;
- Das Notensystem, welches als Druck-, Selektions- und Disziplinarmittel dient, abzuschaffen;
- Eine Stärkung der demokratischen Mitbestimmung von SchülerInnen und Eltern sowie ihrer VertreterInnen, insbesondere fordern wir das allgemeinpolitische Mandat für die SV'en;
- feste Grundschulbezirke, keine verbindlichen Grundschulempfehlungen;
- Lehr- und Lernmittelfreiheit;
- Kostenloses Schulessen für alle Kinder.

Wir sagen: Weg mit dem schwarz/gelben Schulgesetz!

Mehr tun für Ausbildung in NRW!

Jeder Jugendliche in NRW, der einer Zukunft ohne Ausbildung entgegenseht, ist einer zu viel. Statt mehr Ausbildungsplätze zu schaffen, erfinden Landes- und Bundesregierung immer neue, nutzlosere Maßnahmen, die junge Menschen verschieben, statt sie auszubilden. Die wegen Studiengebühren und verschlechtertem Hochschulzugang sinkenden Studierendenzahlen sorgen dafür, dass zusätzliche AbiturientInnen auf den Ausbildungsmarkt drängen und dort die ohnehin prekäre Lage weiter verschärfen. Diese Entwicklung geht besonders zulasten junger Menschen mit Hauptschulabschluss oder mit Migrationshintergrund, die kaum noch Lehrstellen finden.

Deshalb fordert DIE LINKE. NRW:

- eine Ausbildungsplatzumlage: Unternehmen, die nicht ausbilden, obwohl sie könnten, sollen zahlen;
- die Ausbildungsquoten auf kommunaler und Landesebene sind massiv zu erhöhen und Sofortmaßnahmen zu treffen, um das Recht auf einen Ausbildungsplatz besonders für junge Menschen mit Migrationshintergrund und/oder Hauptschulabschluss zu sichern;
- ausbildende Betriebe sollen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bevorzugt werden.

Schluss mit der Vermarktung von Bildung!

Schon heute ist Bildung, angefangen von den Privatuniversitäten über Eliteinternate bis zur boomenden Nachhilfeindustrie ein lukratives Geschäft. Eine der Folgen der Schul- und Hochschulpolitik der gegenwärtigen FDP/CDU Regierung wird eine erhebliche Ausweitung dieses Marktes sein: Flexible Schuleingangsphasen und verbindliche Schulempfehlungen öffnen den Nachhilfemarkt für den Vor- und Grundschulbereich.



Ein Vorziehen des Einschulungsalters auf 5 Jahre, eine mögliche Verkürzung der Grundschule auf drei Jahre, sowie die Verkürzung der Sekundarstufe I auf 5 Jahre am Gymnasium bedeutet, das Abitur mit 16 oder 17 Jahren zu erlangen. Zudem wird das Niveau mit der Abschaffung der differenzierten Oberstufe nicht unerheblich abgesenkt. Gleichzeitig werden aber für viele Studiengänge die Zulassungsanforderungen im Rahmen des Bologna-Prozesses und der uni-spezifischen Auswahlverfahren massiv erhöht. Hier entsteht die Lücke für eine privat organisierte Collegestufe (privates Vorstudium). Diese Entwicklung muss gestoppt werden. Das öffentliche Schulsystem muss in der Lage sein, und es muss von ihm gefordert werden, dass alle Jugendlichen so qualifiziert werden, dass sie eine Berufsausbildung antreten können. Und alle, die das wollen und können, müssen die Qualifikation bekommen können, um an allen Universitäten, auch den geplanten „Elite“-Unis, ein Studium zu beginnen.

Für eine demokratische und gebührenfreie Hochschule!

Die Hochschulen in NRW befinden sich auf einem Weg hin zur völligen Ökonomisierung des Studien- und Wissenschaftsbetrieb. Studierende werden zu KundInnen,

WissenschaftlerInnen zu VerkäuferInnen ihrer Produkte. Diesem Trend setzen wir das Konzept einer demokratischen Hochschule entgegen, die nicht vorrangig an den Gesetzen des Marktes ausgerichtet ist. Hochschulbildung ist allen zugänglich zu machen. Studiengebühren sind unsozial und müssen abgeschafft werden. Stattdessen müssen alle Studierenden, die es brauchen, eine ausreichende finanzielle Förderung erhalten. Die Umstrukturierung der Studiengänge auf Bachelor und Masterstudiengänge im Zuge des „Bolognaprozesses“ in NRW bedeutet, dass Auslese verschärft, Bildungsinhalte zusammengestrichen und der Druck auf Studierende, ihr Studium schnellstmöglich abzuschließen, auf Kosten der Breitenbildung erhöht wird. Diese Umsetzung des Bologna-Prozesses lehnen wir ab.

Daher fordert DIE LINKE. NRW:

- Eine Hochschulfinanzierung, die in erster Linie über Steuern alle an der Finanzierung von Hochschulen beteiligt. Studiengebühren, Langzeitgebühren und Studienkonten müssen abgeschafft werden.
- Mehr Demokratie an der Hochschule statt Managementsysteme, Abschaffung der Hochschulräte, Beschneidung der übermäßigen Kompetenzen von Rektoraten und Präsidien sowie die Einführung der Drittelparität in den Senaten.
- Die Rücknahme des Hochschulfreiheitsgesetzes.
- Die Einleitung eines Studienreformprozesses, der gemeinsam mit den Studierenden die Reformmöglichkeiten für Lern- und Lehrinhalte sowie Studienabschlüsse entwickelt.

Für die Bildung und Wissenschaft in öffentlicher Hand – keine Privatisierung von Bildung!

Für DIE LINKE. NRW gilt: Bildung ist keine Ware! Weil Bildung für uns ein hohes öffentliches Gut ist, wollen wir eine Schule, die in öffentlicher Hand ist. Wir widersetzen uns PPP-Projekten, dem Schul-Sponsoring und der Einflussnahme von Konzernen wie der Bertelsmann-Stiftung auf die Bildungspolitik. Wir setzen uns für den Ausbau der Demokratie an den Schulen ein, wo Kapitalinteressen nichts zu suchen haben. Die Übertragung betriebswirtschaftlicher Modelle auf Hochschulen und die wachsende Einflussnahme von Unternehmen, wie sie im sog. Hochschulfreiheitsgesetz durchgesetzt wurde, lehnen wir ab. Die wachsende Abhängigkeit von Drittmitteln und die stattgefundene Mittelkürzung bei Studiengängen, deren Lehrinhalte und AbsolventInnen nicht „wirtschaftskonform“ sind, gefährdet die humanistische Bildung und die Freiheit der Wissenschaften.

Deshalb fordert DIE LINKE. NRW:

- Bildungseinrichtungen dürfen nicht privatisiert werden. Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche, öffentliche Aufgabe, die öffentlich finanziert und demokratisch kontrolliert werden muss.

4. Einwanderungsland NRW mit gleichen Rechten und Chancen für alle gestalten!

In NRW leben ca. 4,3 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund, davon fast 2 Mio. ohne deutschen Pass, die maßgeblich zur kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung NRWs beigetragen haben. Viele von ihnen wurden seit den 50er-Jahren von der Bundesregierung angeworben, um den Arbeitskräftemangel nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu beheben. Ihnen machte man keine Integrationsangebote, weil die Bundesrepublik angeblich kein Einwanderungsland war. Andere Menschen wurden durch ökologische und ökonomische Katastrophen oder Kriege aus ihren Ländern vertrieben, wesentlich verursacht durch die im globalisierten Kapitalismus installierte Weltwirtschaftsordnung. Wir sind schon allein deshalb dazu verpflichtet, uns mit diesen Menschen zu solidarisieren. Die Landesregierung will einerseits nur die „besten Köpfe“ aus sog. „Entwicklungsländern“ abwerben und schadet damit diesen Ländern, um davon selbst als Wirtschaftsstandort zu profitieren. Andererseits praktiziert sie gegenüber Flüchtlingen, Geduldeten und Illegalisierten eine nach wie vor inhumane Politik und missachtet zum Teil sogar deren Menschenrechte. Diese Spaltung der Migrationspolitik, die Menschen teilt in solche, „die uns nützen und jene, die uns ausnützen“, bekämpft DIE LINKE. NRW. DIE LINKE. NRW tritt ein für die volle juristische, politische, soziale und kulturelle Gleichberechtigung aller hier lebenden MigrantInnen und wendet sich gegen deren soziale Ausgrenzung und Rassismus. Ein Ziel linker Politik muss das allgemeine Wahlrecht für Menschen sein, die im Einwanderungsland Deutschland ihren Lebensmittelpunkt haben. Ihre Teilhabe an der politischen Willensbildung ist durch ein aktives und passives Wahlrecht zu erzielen, weshalb wir für die notwendige Änderung des Grundgesetzes werben. Der derzeit wichtigste Weg zur (wahl)rechtlichen Gleichstellung ist eine Einbürgerung, für die Mehrstaatlichkeit kein Hindernis sein darf.

- In den Kommunen und auf Landesebene unterstützen wir als 1. Schritt die Kampagne zur Ausweitung des Kommunalwahlrechts auf alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt hier haben.
- Wir streben Änderungen des Einbürgerungsrechts auf Bundesebene an, um den Trend rückläufiger Einbürgerungszahlen umzukehren.
- Auf Landes- und kommunaler Ebene setzen wir uns für eine engagierte Einbürgerungspraxis der Verwaltungen etwa bei alten, jungen, von Armut, Behinderung oder Analphabetismus Betroffenen ein.
- Einbürgerungsverfahren in den Kommunen müssen unbürokratisch, kurz und günstig sein.

Seit 2005 sind vor allem die Länder für die Integrationsförderung bereits hier lebender MigrantInnen zuständig. Integration bedeutet nicht Assimilation, sondern vor allem Anerkennung und gleichberechtigte Partizipation. DIE LINKE. NRW fordert die unverzügliche Verabschiedung eines Gesetzes zur „nachholenden Integration“. Es

HIER

**wo ich lebe,
will ich wählen!**



**Wir fordern das
KOMMUNALE WAHLRECHT
für alle Migrantinnen und
Migranten, die lange in
Deutschland leben.**

ist zu konzipieren als dauerhafte Arbeits- und Finanzierungsgrundlage von MigrantInnenselbstorganisationen: Diese und MigrantInnen selbst müssen in die Lage versetzt werden, sich zu helfen. Außerdem sind dort Grundlagen zu schaffen, um MigrantInnen darin zu unterstützen, so etwa für Migrationsfachdienste, Antidiskriminierungsbüros, Angebote zur Sprachförderung und zur interkulturellen Kompetenzvermittlung an LehrerInnen, ErzieherInnen und berufliche AusbilderInnen.

- Im „Gesetz zur nachholenden Integration“ ist eine langfristige und stabile Förderung (Sach- und Personalkosten) der Einrichtungen zu gewährleisten; Projektförderungen sind ausschließlich für ergänzende beziehungsweise experimentelle Vorhaben vorzusehen.
- Dies fordern wir besonders für die allgemeine politische Arbeit von MigrantInnenselbstorganisationen, unter anderem durch die Förderung von hauptamtlichen Strukturen, wovon rassistische und faschistische Organisationen ausgeschlossen sind.

Das Asylrecht ist ein unveräußerliches Menschenrecht. NRW muss eine humane und integrative Flüchtlingspolitik schaffen, wozu ein genereller Stopp der Abschiebungen von Menschen sowie die Schließung von Abschiebegefängnissen zählen. So leben ca. 60.000 „Geduldete“ in NRW, die zum Teil seit über zehn Jahren in einer zermürenden und krankmachenden Warteschleife immer von Abschiebung bedroht sind. Damit muss endlich Schluss sein – wer hier lebt, muss bleiben dürfen! DIE LINKE fordert deshalb eine Flüchtlingspolitik, die den Schutzaspekt von Migrantinnen beachtet.

Deshalb fordern wir

- ein eigenes Aufenthaltsrecht für Migrantinnen – abgekoppelt vom Ehemann;
- Mädchen und Frauen, die von gesellschaftlicher Gewalt oder illegaler Prostitution

bedroht sind, in besonderem Maße zu schützen und sich für die Abschaffung der illegalen Prostitution einzusetzen;

- Alle Sammelunterkünfte sind aufzulösen. Gemeinsam mit den Kommunen muss den MigrantInnen ausreichender Wohnraum verschafft werden;
- DIE LINKE. NRW setzt sich für die volle Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention ein.
- Die Duldungsregelung muss ebenso wie die Residenzpflicht abgeschafft werden, und allen Betroffenen ist ein rechtssicherer und unbefristeter Aufenthaltsstatus einzuräumen;
- Flüchtlingskindern ist ein uneingeschränkter Zugang zu Kindergarten, (Aus-)Bildung und Studium einzuräumen;
- AsylbewerberInnen sind als erster Schritt Geld- statt Sachleistungen zu gewähren, auf Bundesebene setzen wir uns für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes ein;
- Die Entscheidungen der Härtefallkommission des Landes müssen bindend sein.
- Der Flüchtlingsrat NRW muss wieder finanzielle Landesförderung erhalten und regionale Beratungsstellen sind wieder verstärkt zu fördern.

DIE LINKE. NRW setzt sich für die Menschenrechte von illegalisierten MigrantInnen ein und wird sie unterstützen. Ihre Ausbeutung zum Beispiel in Privathaushalten ist zu beenden und ihr Zugang zu Gesundheits- und Bildungseinrichtungen sowie Wohnraum sind zu verwirklichen. Wichtige Bausteine dazu sind

- die Entkriminalisierung von Helfern (Lehrer, Erzieher, Krankenhauspersonal, Jugendamt), die im Bundesrecht verankert und in den Kommunen und ihren Einrichtungen (Schulen, Kindertagesstätten, Ämter) gelebt werden soll;
- ein Landesfonds, der Beratungsstellen und Gesundheitseinrichtungen wie Ambulanzen für Menschen ohne Papiere finanzieren soll.
- Als ersten Schritt unterstützen wir die Legalisierung Illegalisierter mit einer Stichtagsregelung nach spanischem Vorbild.

5. Für einen sozialen Kurswechsel in NRW: Sozialabbau und (Kinder-)Armut bekämpfen!

Armut und Reichtum sind zwei Seiten derselben Medaille. Immer mehr Menschen in NRW, darunter vor allem Kinder und Jugendliche, Familien, Alleinerziehende und RentnerInnen, leben in materieller Not und zunehmender sozialer Isolation. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Mobilität sind für sie inzwischen zu Fremdwörtern geworden. Während vor Einführung von Hartz IV ca. 1,18 Mio. Menschen in NRW Arbeitslosen- und Sozialhilfe bezogen, waren Ende 2005 bereits ca. 1,63 Mio. Menschen im Hartz-IV-Bezug. Parallel dazu steigt die Altersarmut. Aufgrund von „Null-

runden“ bei den Renten bei gleichzeitig steigenden Lebenshaltungskosten und „Reformen“ wie die Rente mit 67 sinken die Einkommen von RentnerInnen weiterhin drastisch. Besonders betroffen sind davon ältere Frauen und MigrantInnen. Auf der anderen Seite liegen zwei Drittel aller Vermögen in NRW in der Hand von 20 % der Haushalte, von denen wiederum 5 % fast 30 % des Gesamtvermögens kontrollieren.

Großkonzerne und Familiendynastien häufen unvorstellbaren Reichtum an und demonstrieren ihre karitative Fürsorge öffentlich über Stiftungen, mit deren Hilfe sie Steuern sparen. Sie übernehmen damit sozusagen „privatisiert“ soziale Aufgaben, für welche die öffentliche Hand angeblich kein Geld mehr hat. Dabei liegen die Ursachen für knappe Kassen in der Senkung der Unternehmens-, Gewerbe- und Erbschaftssteuern sowie der Spitzensteuersätze.

Damit dient diese Politik einseitig den Interessen der Konzerne, der Unternehmen und den ohnehin Reichen, nicht aber der Mehrheit der Bevölkerung. Die Politik der sozialen Spaltung, die wachsende Armut und den angehäuften Reichtum zu bekämpfen, ist ein zentrales Anliegen der LINKEN in NRW wie auf Bundesebene!

Hartz IV muss weg!

Die LINKE hat sich von Anfang an gegen Hartz IV ausgesprochen in dem Bewusstsein, dass es zur Verarmung weiter Teile der Bevölkerung führen wird. Doch der politische Wille der Allparteienkoalition aus CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen war es, durch diese Gesetzgebung den massivsten Sozialabbau in der Geschichte der Bundesrepublik zu betreiben und Millionen Menschen in die Armut zu treiben. Allein in NRW lebten im ersten Quartal 2007 480.000 Kinder unter 15 Jahren, deren Mütter und/oder Väter auf das sog. Arbeitslosengeld II angewiesen sind. Sie können von den 2,28 Euro täglich weder ausgewogen und gesund ernährt werden, noch reichen 1,63 Euro monatlich für die Ausstattung mit den notwendigen Schulmaterialien. Starre Eckregelsätze verhindern die Berücksichtigung von besonderen Lebenssituationen, wie sich jährlich bei den Einschulungen zeigt. Die regierenden Rathausparteien in NRW tragen diese skandalöse Politik mit. Die örtlichen ARGEN zwingen Hartz IV-Betroffene in 1-Euro-Jobs und zur Aufgabe ihrer Wohnungen, indem unverhältnismäßig niedrige Mietpreise zugrunde gelegt werden. DIE LINKE. NRW fordert deshalb bundesweit die Ersetzung von Hartz IV durch eine armutsfeste, repressionsfreie und am Bedarf orientierte Grundsicherung, sowie als erste Sofortmaßnahme eine deutliche Anhebung der Hartz IV-Regelsätze mindestens auf das Niveau, das Erwerbslosenbewegung und Sozialverbände fordern. Landespolitisch tritt Die LINKE. NRW für folgende Forderungen ein:

- sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse durch kommunale Beschäftigungsprogramme statt 1-Euro-Jobs;
- sofortige Beendigung von Zwangsumzügen durch Orientierung der Mietpreise von Hartz IV-Betroffenen an den ortsüblichen Mieten;
- kostenloser Zugang zu öffentlichen Einrichtungen sowie Sportvereinen für Kinder im Hartz IV-Bezug;



- Einführung eines Sozial-Passes mit Sozianticket, um Menschen mit geringem Einkommen die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen;
- Erhalt der Landesförderung für die 75 Arbeitslosenzentren und die 65 Arbeitslosenberatungsstellen in NRW.

Gegen die Kürzungspolitik – für eine bedarfsgerechte Sozialinfrastruktur

Die Städtebauförderung des Landes wurde und wird weiter drastisch gekürzt. Um eine weitere soziale Spaltung NRWs in arme und reiche Gebiete zu verhindern, muss das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt besonders von der Landesregierung finanzkräftig unterstützt werden, damit es auf weitere benachteiligte Regionen und Stadtteile ausgedehnt werden kann. Auch die soziale Wohnungspolitik in NRW muss wieder gestärkt werden. Derzeit fallen durch die unsoziale Landespolitik z.B. kommunale Belegungsrechte weg und die Ausgleichsabgabe für Sozialwohnungen wurde abgeschafft. Dies führt zu einer Subventionierung einkommensstarker Haushalte durch öffentliche Kassen, während sich für Bedürftige der ohnehin knappe Sozialwohnraum weiter verknappert. Auch „neue Wohnformen“ für ältere Menschen werden nicht mehr gefördert. In der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik des Landes liegen Welten zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Jahrelange Mittelkürzungen, wie zuletzt beim Landesjugendplan um 17 Mio. Euro und demnächst durch das KIBIZ, sowie der Abbau von Qualitätsstandards sind für DIE LINKE. NRW keine Lösung, sondern Motor der sich verschärfenden sozialen Spaltungen. Um den Menschen mit geringem Einkommen wieder bessere Lebens- und Teilhabebedingungen zu bieten, fordert DIE LINKE. NRW besonders in benachteiligten Sozialräumen einen Ausbau

der öffentlichen Kultur-, Sport-, Kinder- und Jugend-, Familien-, Behinderten- und Rentnerangebote. Für Geringverdienende sind diese kostenfrei zu gestalten; der Ausbau ist am Bedarf zu orientieren. Dies trifft ebenso für soziale Dienste in den Kommunen zu, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen. Weitere Kürzungen lehnen wir dort ebenso ab wie die betriebswirtschaftliche Umstrukturierung.

Kürzungen im Gesundheits- und Sozialwesen zurücknehmen – für eine Enthinderungspolitik!

Eine Gesellschaft, die sich demokratisch und sozial nennt, muss sich daran messen lassen, wie sie mit den schwächsten ihrer Mitglieder umgeht. Die Interessen von behinderten Menschen und chronisch Kranken werden vernachlässigt. Dies zeigen die nach wie vor häufig fehlende Barrierefreiheit oder das völlig unzureichende Angebot an integrativen Kindertagesstätten und Schulen. Behinderung und Krankheit dürfen nicht länger zu Ausgrenzung und sozialer Benachteiligung führen. Die elf Versorgungsämter in NRW müssen erhalten bleiben – ihre Zerschlagung geht zu Lasten der Kommunen!

Dem Rotstift der Landesregierung zum Opfer gefallen sind auch Mittel für die Drogen- und Suchthilfe. Niederschwellige Beratungsangebote, Kontaktcafés, Ambulanzen und psychotherapeutische Beratungsangebote mussten teils schon geschlossen werden. Ebenfalls wurde die Krankenhausfinanzierung bundesweit zu Lasten der Kommunen neu geregelt. Krankenhäuser mit breitem Leistungsangebot in kommunaler Trägerschaft dürfen nicht die Verlierer dieser Entscheidungen sein. Wir setzen uns für den Erhalt eines breiten und flächendeckenden Angebots kommunaler Gesundheitsversorgung ein.

Die von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen getragene Politik, die bisher kollektiv-solidarisch gestalteten und überwiegend paritätisch finanzierten Systeme sozialer Sicherung zunehmend zu privatisieren, indem sich die ArbeitnehmerInnen privat absichern und Eigenvorsorge leisten, während die Arbeitgeberbeiträge entfallen, lehnen wir ab. Das hat mit Sozialstaat nichts zu tun.

DIE LINKE. NRW setzt sich in den Kommunen und im Land besonders ein für

- ermäßigte Fahrdienste für ältere Menschen in den Kommunen;
- den Ausbau von Bürgerhäusern, Jugendzentren und Altenbegegnungsstätten;
- die Wiederausweitung von öffentlich-sozialem Wohnungsbau durch das Land und die Kommunen. Dabei sind besonders die Bedürfnisse von kinderreichen, behinderten und/oder alten Menschen zu berücksichtigen.
- Barrierefreiheit für behinderte Menschen, integrative Kindertageseinrichtungen und Schulen und den Erhalt von Versorgungsämtern.

DIE LINKE. NRW fordert Transparenz über Qualität der Versorgung im Gesundheitswesen, ein Patientenrecht- sowie ein Patientenschutzgesetz (wie in den anderen europäischen Ländern), Mitbestimmungsrecht von Patientenvertretern in allen Entscheidungsgremien die sie betreffen.

DIE LINKE. NRW setzt sich zudem ein für die Rücknahme des Abbaus der bereits erreichten Sozialstandards und darüber hinaus deren Ausweitung gemessen an den heutigen Bedürfnissen aller Teile unserer Gesellschaft. Eine Sozialpolitik, die ihrem Namen gerecht wird, ist nicht nur möglich, sondern längst überfällig!

6. Die Machtstrukturen abschaffen – für eine feministische Politik in NRW

Patriarchalische Herrschaftsstrukturen sind in unserer Gesellschaft keineswegs beseitigt und von einer tatsächlichen Gleichberechtigung kann keine Rede sein. Die wichtigsten Entscheidungen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Justiz werden – von wenigen Ausnahmen abgesehen – von Männern getroffen, auch in Nordrhein-Westfalen. Besonders in der Privatwirtschaft, wo Männer fast ausschließlich die Vorstände von Groß-Unternehmen bilden, während Frauen überwiegend Teilzeit- und Niedriglohnjobs ausüben, ist die Geschlechterungerechtigkeit nach wie vor enorm. Davon lenken freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft nur ab, die nichts geändert haben.

Gleichberechtigung fördern

DIE LINKE. NRW setzt sich dafür ein, dass Gleichberechtigung nicht bloß ein rechtlicher Grundsatz ist, sondern auch gelebte gesellschaftliche Realität wird. Deshalb ist es erforderlich, die Vereinbarkeit von Beruf, Partnerschaft und Familie durch selbst bestimmte Arbeitszeiten zu fördern. Notwendig ist, dass die gesellschaftlich erforderliche Reproduktionsarbeit wie z.B. Hausarbeit, Kindererziehung oder die familiäre Pflege von Angehörigen sowohl von Frauen als auch von Männern getragen wird. Um diese Arbeit fair zwischen den Geschlechtern aufzuteilen und die Mehrfachbelastung von Frauen zu verringern, sieht DIE LINKE. NRW den Ausbau der 30-Stundenwoche als geeignetes Mittel. Zudem soll die von der Landesregierung beschlossene Aufhebung des Ladenschlussgesetzes zurückgenommen werden, da sie familien- und arbeitnehmerbelastend und insbesondere frauenfeindlich ist. Laut Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di sind in NRW 400.000 Beschäftigte im Einzelhandel tätig, wovon 80 Prozent weiblich sind, die zudem zum Teil bloß auf Abruf arbeiten. Die Sorge um einen sicheren Arbeitsweg bleibt dabei völlig unbeachtet. Hinzu kommt, dass gebrochene Berufsbiographien von Frauen ihnen im Alter meist kaum ein ausreichendes Einkommen sichern, weshalb Altersarmut überwiegend weiblich ist. Dazu tragen bestehende (Steuer-)Gesetze wie das Ehegattensplitting und „geschlechtsblinde“ politische Entscheidungen ihren Teil bei. Bestehende Abhängigkeits- und Machtstrukturen zwischen Männern und Frauen aufzubrechen und dahingehend zu verändern, dass eine tatsächliche Gleichberechtigung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens als selbstverständlich umgesetzt wird, sieht DIE LINKE. NRW als eine besondere Aufgabe an.

Die (Un-)Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen

Angesichts der weitgehenden Unvereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen muss die von den regierenden Parteien in NRW seit Langem praktizierte Kürzungs- und seit Neuestem Streichungspolitik, etwa bei den Beratungsstellen der Regionalstelle Frau & Beruf, zurückgenommen werden! Die Realisierung dieser Vereinbarkeit setzt vor allem qualifizierte Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder voraus.

Anders als in skandinavischen Ländern ist ein qualitativ hochwertiges Kinderbetreuungsangebot besonders für Unter-3-Jährige in NRW nach wie vor nur partiell vorhanden und/oder unerschwinglich, was wir ändern wollen. Statt die überwiegend von Armut geprägten Lebenssituationen Alleinerziehender oder von Familien im Hartz IV-Bezug zügig zu verbessern, führt die Landesregierung sukzessive Kinderbetreuungsangebote ein, die sich – unsozial – am Geldbeutel der Eltern orientieren und für Gutverdienende steuerlich absetzbar sind.

Bestehende frauenfeindliche Strukturen abbauen

Deutschland ist in Sachen Lohnkluft fast das Schlusslicht in Europa, weil Frauen hierzulande ca. 22 % weniger Lohn für ihre Arbeit als Männer erhalten. Hier ist Entgeltgleichheit herzustellen. Deshalb ist die ökonomische Gleichstellung in der Privatwirtschaft und gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit einzufordern und zu fördern. Wir setzen uns auf Landesebene für ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft nach norwegischem Vorbild ein, ebenso wie für den öffentlichen Dienst.

Frauen als Opfer von Gewalt

Nach wie vor sind Frauen häufig Opfer von häuslicher Gewalt, Mobbing oder sexueller Gewalt am Arbeitsplatz, und das in allen sozialen Schichten der Bevölkerung. Migrantinnen, denen manchmal noch Zwangsverheiratungen drohen, sind besonders betroffen. Angesichts dieser Ausgangssituation ist die von der Landesregierung erfolgte Mittelkürzung bei Frauenhäusern unverzüglich zurückzunehmen. Zugleich sind frauen- und Mädchenspezifische Beratungs- und Zufluchtsstrukturen, insbesondere auch für Migrantinnen und Frauen mit Behinderungen auszubauen.

DIE LINKE. NRW setzt sich deshalb auf Landesebene NRW dafür ein, dass

- die Gleichstellungsstellen mit wirksamen (Mitsprache)-Rechten und genügend Mitteln ausgestattet werden, um nicht zu einer Alibifunktion zu verkommen;
- Frauen bessere Zugänge zur Wahrnehmung und Durchsetzung ihrer Rechte und Interessen in der Justiz ermöglicht werden;
- frauenspezifische Beratungsangebote bei ARGEN eingerichtet werden;
- die Umsetzung der Ziele zur Geschlechtergerechtigkeit durch Gesetzgebung, Leitbilder und (Partei-)Programme angestrebt wird;
- alle politischen Entscheidungen auf ihre Folgen für die Geschlechtergerechtigkeit geprüft werden (Gender-Mainstreaming);

■ autonome Strukturen für Frauen und die Akzeptanz der autonomen Praxis von Frauen ausgeweitet und durch entsprechende Projekte gefördert wird. Das bedeutet, ihnen den entsprechenden zeitlichen Rahmen und räumliche Möglichkeiten zu geben, um frauenspezifische Vorstellungen umzusetzen.

DIE LINKE. NRW macht es sich zur Aufgabe, Geschlechterfragen und die Chancengleichheit der Geschlechter zum integralen Bestandteil ihrer Politik zu machen.

7. Klimakatastrophe verhindern – Alternativen in der Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik umsetzen!

Die Umweltpolitik in NRW ist durch die Interessen der Großkonzerne, ihrer Lobbyverbände und der Vermögenden geprägt worden. In den Politikfeldern der Umwelt-, Energie-, Chemie-, Landwirtschafts-, Abfall- und Wasserwirtschaftspolitik sowie in der Verkehrspolitik wurden falsche Weichen gestellt. Der vom Menschen erzeugte Klimawandel nimmt immer bedrohlichere Dimensionen an.

Ein Richtungswechsel in der Umweltpolitik hat jedoch nicht stattgefunden. DIE LINKE. NRW setzt sich für eine konsequente soziale und ökologische Politik ein; nur mit ihr sind die drängenden Umweltprobleme zu lösen.

Bisher prägen Unterlassungen und Halbheiten das Bild. Namen wie Farthmann, Matthiesen oder Clement stehen auf Seiten der SPD für eine besonders willfährige Umweltpolitik. Erfolge und Fortschritte sind vor allem durch außerparlamentarischen Widerstand, Mobilisierung und erhöhtes Umweltbewusstsein in der öffentlichen Meinung erzielt worden. Auch die Grünen als Koalitionspartner der SPD in der Landesregierung unterwarfen sich bei zentralen Streitfragen schließlich der Koalitionsräson, um in der Regierung zu bleiben. Dafür stehen Beispiele wie Garzweiler (Braunkohletagebau), das sog. Beschleunigungsgesetz, die Gen-Saat oder die Genehmigung von Großprojekten unterhalb des Stands der Technik (z.B. die Kokerei von Thyssen-Krupp in Duisburg). Die schwarz-gelbe Regierung Rüttgers hat sich vorgenommen, die Umweltbehörden des Landes weitgehend zu zerschlagen. Ein ökologisch und sozial nachhaltiger Umbau des Landes war nie ihr politisches Ziel. Unter Rüttgers sollen sogar noch die Feigenblätter der sog. Umweltpolitik entfernt werden. Der beschlossene Ausstieg aus der Steinkohlesubvention findet sein Gegenstück in der massiven Förderung von billiger Importkohle. Neue klimaschädliche Kraftwerke sind in Bau und Planung, anstatt massiv erneuerbare Energie zu fördern. Hier zeigt sich deutlich: die kapitalistische Wirtschaft und ihre politischen Sachwalter sind nicht in der Lage, integrierten Umweltschutz zu betreiben. DIE LINKE. NRW tritt für den Vorrang der Politik, des Umweltschutzes und der Interessen der Bevölkerung gegenüber den Renditeinteressen der (Privat-)Wirtschaft ein. NRW braucht

einen konsequenten, vorbeugenden, kommunen- und länderübergreifenden Hochwasserschutz. Überschwemmungsflächen sind angesichts der zunehmenden Hochwassergefahren auszubauen.

Für den ökologischen Umbau der Energieversorgung

Vorrangig ist für uns eine Wende in der Energiepolitik hin zu dezentralen Strukturen, die Überführung der Energiekonzerne in öffentliche Hand und ihre demokratische Kontrolle. DIE LINKE. NRW steht für den Fortbestand und Ausbau der kommunalen Energieversorgung.

Das Recht auf wirtschaftliche Betätigung der Kommunen ist zu erweitern, statt immer weiter einzuschränken. DIE LINKE. NRW steht für den schnellen Ausstieg aus der Atomenergie. Konkret fordern wir die Stilllegung der Urananreicherungsanlage in Gronau. Eine weitere Einlagerung von Atommüll in Ahaus ist zu untersagen. Ahaus darf kein Endlager werden! Die von der CDU/FDP-Landesregierung geplante Renuklearisierung der Forschungsanlage Jülich muss verhindert werden. Außerdem fordern wir das strikte Verbot des Exports von Nukleartechnologie. Der Ausstieg aus der gefährlichen Atomenergie sowie der äußerst klimaschädlichen Braunkohleverstromung hat für DIE LINKE. NRW höchste Priorität. Mittelfristig wollen wir auch aus der klimaschädlichen Steinkohleverstromung aussteigen. Wir setzen auf optimale Energieeinsparung, die massive Förderung regenerativer Energien wie Solar-, Wind- und Wasserenergie sowie Geothermie und Biogas.

Für eine Übergangszeit sind Gaskraftwerke verstärkt zu nutzen und alle Kraftwerke mit KraftWärme-Koppelung zu betreiben. Dafür ist es dringend erforderlich, die Energieversorgung zu dezentralisieren, zu rekommunalisieren und die Stromnetze zu vergesellschaften. Wärmedämmung und energiesparende Technologien gilt es zu fördern. Das schafft zahlreiche neue Arbeitsplätze, vor allem in der Bau-, Metall- und Elektroindustrie sowie im Handwerk. Einkommensarmen Teilen der Bevölkerung sind Energiesparhilfen zu gewähren. Braunkohle ist unter den fossilen Energieträgern der größte Klimakiller. DIE LINKE. NRW fordert deshalb den schnellstmöglichen Stopp des Braunkohleabbaus und die Stilllegung aller Braunkohlekraftwerke. Zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen und zur Renaturierung der Abbaugelände in der Braunkohleregion zwischen Köln und Aachen muss ein regionales Forum unter Beteiligung von Gewerkschaften, Umweltverbänden und Bürgerinitiativen geschaffen werden. Insbesondere der RWE-Konzern muss die Kosten für die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen und für die ökologischen Folgen des Braunkohleabbaus übernehmen. Außerdem treten wir für einen Ausstieg aus der Steinkohleverstromung ein. Wir unterstützen die Initiativen gegen Kohlegroßkraftwerke vor Ort. Die Große Koalition hat einen Ausstieg aus der Steinkohlesubventionierung bis 2018 beschlossen, mit einer Überprüfung im Jahr 2012.

Der Einsatz inländischer Steinkohle soll weitgehend durch billigere Importkohle ersetzt werden. Das ist aus Sicht des Klimaschutzes und der Versorgungssicherheit eine grundfalsche Weichenstellung.

Für eine soziale und ökologische Verkehrspolitik

Mobilität für alle – in umweltpolitischer Verantwortung und zu akzeptablen Preisen – kann nur durch eine neue Verkehrspolitik erreicht werden. Deshalb tritt DIE LINKE. NRW für den Vorrang des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und die Zurückdrängung des motorisierten Individualverkehrs sowohl in Städten als auch im ländlichen Bereich ein. Als Sofortmaßnahme fordern wir die Einführung eines flächendeckenden Nahverkehrstickets in Verbindung mit einem Sozialticket für NRW. Eine gründlich veränderte Raum-, Flächennutzungs- und Stadtplanung ist ein weiterer Eckpfeiler für eine neue Verkehrspolitik. Zersiedlung und Flächenfraß müssen gestoppt werden. Wir wollen eine Stadt der kurzen Wege. Es geht um die tendenzielle Zusammenführung bzw. Reintegration von Arbeit, Wohnen und Freizeit. Netzdichte, Taktzeiten und Ausstattung von Bussen und Bahnen müssen qualitativ verbessert werden. Auch deshalb fordern wir den Erhalt der Regionalisierungsmittel in voller Höhe.

Die Ausweisung einer „Umweltzone Ruhr“ halten wir für dringend erforderlich. Mit einer neuen Verkehrspolitik kann dauerhaft eine drastische Verringerung der verkehrsbedingten gesundheitsschädlichen Feinstaubbelastung vor allem in den Innenstädten erreicht werden. Der Ausbau und die Erneuerung von Bahnhöfen und Haltepunkten soll vorangetrieben werden. Das Landesprogramm „100 Radstationen an Bahnhöfen“ muss neu aufgelegt bzw. erweitert werden. Statt der Privatisierung der Bahn setzt sich DIE LINKE. NRW für eine DB in öffentlichem Eigentum und mit erweiterten demokratischen Einflussmöglichkeiten, z.B. durch Fahrgastverbände, ein. Der Güterverkehr gehört in erster Linie auf Schiene und Wasser. Innerörtlich und regional sind effektivere Logistikkonzepte und Verteilzentren zu entwickeln, die verkehrliche Zersplitterung, Unfallgefahren und Umweltbelastungen vermeiden helfen. Die Subventionierung des Flugverkehrs muss umgehend gestoppt werden. Gesundheits-, Lärm- und Klimaschutz verbieten den Ausbau regionaler Flughäfen und erfordern konsequente Nachtflugverbote.

Für umweltgerechte regionale Wirtschaftskreisläufe

DIE LINKE. NRW unterstützt die regionale Herstellung und Vermarktung von Produkten. Dadurch werden Transporte und Umweltbelastungen vermieden, ebenso wie die regionale Wertschöpfung gesteigert wird. Wir wollen eine Regionalpolitik, die auf ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielsetzungen beruht und neue Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft. Wir setzen uns für den Ausbau der Ökolandwirtschaft ein und unterstützen den Kampf gegen die Produktion und Ausbreitung von gentechnisch manipulierten Organismen. Die Förderung der Gentechnik erfolgt gegen den Willen und oft hinter dem Rücken der großen Mehrheit der Bevölkerung und der Konsumenten.

DIE LINKE. NRW fordert ein Verbot der Patentierung von Saatgut und spricht sich für Sortenvielfalt aus. Wir wollen eine breite Aufklärungskampagne für gesunde Ernährung, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen.

Der Verbraucherschutz ist zu stärken, die Verbraucherberatungsstellen sind auszubauen. Wir wollen ein Verbandsklagerecht bei Genehmigungsverfahren einführen. Die von der Landesregierung betriebene Schwächung des Landesumweltamts, der staatlichen Umwelt- und Arbeitsschutzaufsicht ist rückgängig zu machen. Diese Einrichtungen sind institutionell, in ihren Kompetenzen und personell zu stärken. Bürgerinitiativen sind bei Bedarf – wie in den Niederlanden – Sachverständige ihres Vertrauens auf Kosten der öffentlichen Hand zu gewähren. Wir wollen den Natur- und Tierschutz stärker fördern sowie die Ausweisung von Landschafts- und Naturschutzgebieten steigern und verbindlicher machen. Wir fordern den Ausbau und Erhalt von Naherholungsflächen. Die Reintegration von Natur in Städte und Siedlungsgebiete ist massiv zu fördern.

8. Kunst, Kultur, Medien

Kunst und Kultur sind Ausdruck dessen, wie Menschen die Welt begreifen. Dies hat seinen Ausdruck gefunden in den verschiedenen Gütern der Hochkultur, aber auch der Alltags- und Volkskultur. Kunst und Kultur begleiten den Menschen von Anbeginn seiner geschichtlichen Existenz und haben ihn erst zum Menschen gemacht. DIE LINKE. NRW tritt deshalb ein für den unbeschränkten Zugang aller Menschen zu kulturellen Angeboten. Niemand darf hier aus ökonomischen Gründen, etwa, weil er in prekären Verhältnissen lebt, ausgeschlossen werden. DIE LINKE. NRW bekennt sich zur Freiheit der Kunst und der Kulturproduktion sowie zur gesellschaftlichen Bedeutung von Kultur. Kulturpolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik. Die Sanierung öffentlicher Kassen auf Kosten von Kunst und Kultur lehnen wir entschieden ab, Sponsoren und Mäzene dürfen keinen bestimmenden Einfluss auf öffentliche Kulturangebote erhalten. Kulturfinanzierung ist eine Kernaufgabe der Kommunen und muss angemessen und nachhaltig erfolgen. Wie die Volkshochschulen müssen auch Stadt- und Stadtteilbibliotheken künftig als kulturelle Pflichtaufgabe der Kommunen gesetzlich abgesichert werden und eine Grundversorgung mit kostenlosen Zugängen zum Internet ist zu sichern. Die Kulturschaffenden sind zu fördern. Aus diesem Grund setzen wir uns ein für den Ausbau und die Stärkung der Künstlersozialkassen, für kulturelle Netzwerke und Gemeinschaftsprojekte, unabhängig von rein ökonomischen In- und Output-Rechnungen. Wir befürworten die synergetische Zusammenarbeit zwischen den Kommunen, um bestehende kulturelle Einrichtungen effektiv zu nutzen. Kultur hat an Lebensqualität, Identität, Wachstum, Integration und Bildung in einer Kommune entscheidenden Anteil und ist somit ein unverzichtbarer Gesellschaftsfaktor. Eine hoch entwickelte kulturelle Infrastruktur und eine lebendige „Freie Szene“ erhöhen die Lebensqualität in einer Gemeinde.

Wir fördern die Zusammenschlüsse und die Selbstorganisation von Kulturschaffenden, damit sie ihre berechtigten Anliegen besser und nachhaltiger durchsetzen können.

Medien

Demokratie braucht öffentliche Diskussionsmöglichkeiten. Die Vielfalt der Presse in NRW ist durch Konzentration bedroht. Informationsangebote dürfen nicht von Quoten und Verlegerdiktaten oder Werbeeinnahmen abhängig sein. Ihre Qualität darf nicht dem Unterhaltungsumfeld untergeordnet sein oder abhängig werden von der politischen Einstellung der EigentümerInnen. Daher muss ein starkes Gegengewicht im öffentlichen Bereich vor allem bei Funk, Fernsehen und elektronischen Medien sichergestellt werden. DIE LINKE. NRW verteidigt das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem und ein unabhängiges Informationsangebot auch in Verbindung mit allen neuen Formen der Verbreitung (Internet, video-on-demand usw.). Da sich die Gesellschaft gewandelt hat und neue Gruppen nach Vertretung und Mitbestimmung drängen, sollen die Beteiligungsmöglichkeiten von Frauenverbänden, Globalisierungskritikern, Umweltschützern usw. verbessert werden. Dies betrifft die Möglichkeiten sowohl für Eigenproduktionen (Erhalt des Bürgerfunks usw.) als auch zur Partizipation in demokratisierten Gremien (Erweiterung der Rundfunkräte). Die Beschäftigten in den Medien müssen vor Prekarisierung (freie Mitarbeit, Praktika statt Arbeitsvertrag usw.) geschützt werden.

Kulturhauptstadt 2010

DIE LINKE. NRW will, dass sowohl die in den Auseinandersetzungen um Arbeit, Lohn und Leben gewachsene Solidarisierung der Menschen als auch die Alltagskultur insgesamt einen hohen Stellenwert im Rahmen der Kulturhauptstadt 2010 einnimmt. Wir wollen eine Kulturhauptstadt, die sich nicht im Event erschöpft, sondern nachhaltig die freie Szene und soziokulturelle Einrichtungen stärkt. Eine Kulturhauptstadt nur für Reiche, für die kulturelle „Elite“ oder die Hochkultur ist zum Scheitern verur-

teilt und wäre zugleich undemokratisch. Die Kulturhauptstadt wird nur dann ein Erfolg sein, wenn es Angebote für alle gibt und wenn alle, auch Hartz-IV-Betroffene und andere in prekären Lebenslagen, diese Angebote auch wahrnehmen können.

Kunst

Kunst, insbesondere die freie Kulturszene, ist gleichwertig zur etablierten Kulturszene öffentlich zu fördern. Die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten, Ateliers, Ausstellungsmöglichkeiten, Stipendien, Katalog- und Veröffentlichungshilfen sind notwendiger Bestandteil öffentlicher Kulturpolitik.

Kulturelle und Interkulturelle Bildung

DIE LINKE. NRW setzt sich für die Förderung antirassistischer und interkultureller Kultur- und Bildungsangebote mit dem Ziel ein, Respekt, Toleranz und Vielfalt zu fördern. Kulturelle Institutionen und Aktivitäten tragen zur kulturellen Bildung besonders von Kindern und Jugendlichen bei, sie bieten Chancen zum Ausdruck, zum Kennen lernen und zur kritischen Weiterentwicklung kultureller Zugehörigkeiten und Brüche. DIE LINKE. NRW tritt entschieden für Toleranz und Vielfalt der Kulturen ein. Konkrete schulische Projekte wie JEKI („Jedem Kind ein Instrument“) oder „Künstler an die Schule“ sollten langfristig für alle Kinder kostenfrei zugänglich und interkulturell offen angelegt sein; eine Verengung auf traditionelle Hochkultur und die Traditionen der Bildungselite lehnen wir ab.

9. Aktive Demokratie verwirklichen

Niedrige Wahlbeteiligung, massive Mitgliederrückgänge bei den großen etablierten Parteien und tiefes Misstrauen gegenüber ihren politischen Vertretern, Entpolitisierung und Frust sind in weiten Teilen der Bevölkerung verbreitet. Bei zahlreichen Themen – wie Rente mit 67, Mindestlohn, Hartz IV, Gentechnik, Auslandseinsätze der Bundeswehr – beweist jede Umfrage eine wachsende Kluft zwischen den Interessen bzw. Erwartungen der Bevölkerungsmehrheit und dem Kurs der Bundes- und Landesregierungen. Das ist zutiefst undemokratisch. Das System der parlamentarischen, repräsentativen Demokratie befindet sich offensichtlich in einer tiefen Krise. Neonazis und rechtspopulistische Parteien versuchen, aus dieser Stimmungslage Nutzen zu ziehen. DIE LINKE. NRW warnt vor dieser Entwicklung.

Die nationalsozialistische Vergangenheit darf nicht vergessen werden. Die Erinnerung an diese sowie an die Ermordeten und Verfolgten bleibt ein Schwerpunkt unserer antifaschistischen Arbeit. Die gesellschaftlichen Ursachen der Nazibarbarei sind nicht überwunden: Hemmungsloses Profitstreben, Ausgrenzung angeblich nicht brauchbarer Menschen, Aufrüstung und Kriegstreiberei, um ökonomische Machtpositionen weltweit zu sichern. Vor diesem Hintergrund gedeihen Rassismus, Diskriminierung und Antisemitismus. Wir stehen in der antifaschistischen Tradition



der Arbeiterbewegung, des christlichen Widerstands, der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten sowie aller Menschen, die gegen diese Tendenzen gekämpft haben. Sie überliefern uns die Verpflichtung, Nazismus nie wieder zuzulassen. Auch deshalb bekämpfen wir dessen gesellschaftliche Ursachen, vor allem wenn sie aus der gesellschaftlichen Mitte kommen.

- DIE LINKE. NRW fordert das Verbot der NPD und aller neonazistischen Parteien und Organisationen. Dazu müssen die Innenminister die Tätigkeit von V-Leuten des Verfassungsschutzes in deren Strukturen beenden.
- Sie nimmt es nicht länger hin, dass Neonazis in Gemeinden und Stadtteilen ihre Strukturen aufbauen. Wo immer Neonazis auftreten, werden wir zur Stelle sein und ihnen in enger Kooperation mit den antifaschistischen Organisationen in NRW entgentreten.
- Der Verfassungsschutz in NRW ist aufzulösen. Stattdessen soll eine von Polizei und Regierung unabhängige Institution rassistische und neo-nazistische Bestrebungen in NRW beobachten und gesellschaftliche Gegenstrategien entwickeln.
- DIE LINKE. NRW will eine Antidiskriminierungspolitik, die der Diskriminierung von Menschen unterschiedlicher Hautfarbe, Herkunft, Religion oder von Menschen mit anderer sexueller Orientierung (wie lesbisch, schwul, bisexuell, transgender) entgegengewirkt.

Auch NRW braucht einen politischen Kurswechsel, mehr Demokratie und Zuverlässigkeit gegenüber dem Wählerwillen. Wir wollen keine Zuschauerdemokratie, sondern die aktive Beteiligung der Menschen am politischen Geschehen.

Demokratische Rechte und soziale Gerechtigkeit gehören für DIE LINKE. NRW untrennbar zusammen. Demokratie darf sich aber nicht in Wahlen erschöpfen, zwischen denen jahrelange Zeitabstände liegen. Wir wollen, dass Demokratie erweitert wird und sich, angefangen auf kommunaler Ebene, auf das Alltagsleben erstreckt.

Wir setzen uns für eine gründliche Reform von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid ein. Die Quoren müssen noch einmal deutlich gesenkt und der Ausschlusskatalog muss erheblich verringert werden, sodass auch haushalts- und planungsrelevante Entscheidungen möglich werden.

Die EinwohnerInnen müssen in öffentlichen Versammlungen auf die investiven Prioritäten im Kommunalhaushalt Einfluss nehmen können, wie es bereits in vielen Städten der Welt praktiziert wird. Auf allen wichtigen kommunalen und landespolitischen Handlungsfeldern wollen wir bürgerschaftliche Beiräte einführen, um den Sachverstand der Bevölkerung und der Nutzergruppen von öffentlichen Einrichtungen der Daseinsvorsorge zu mobilisieren. Wirksame Formen von Demokratie in der Wirtschaft – zentrales Thema der Verfassungsdebatten nach dem Zusammenbruch der Nazi-Herrschaft, heute ein Tabuthema – müssen neu gedacht und entwickelt werden. Die ungeheure Zusammenballung wirtschaftlicher und finanzieller Macht in wenigen privaten Händen ist eine Gefahr für die Demokratie.

Mehr Demokratie auf allen Ebenen, im öffentlichen wie im privaten Bereich, ist auch ein wichtiges Instrument gegen verbreitete Korruption und Amtsmissbrauch. Die Mitwirkungsrechte von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen müssen gestärkt werden. Wir brauchen endlich ein umfassendes Verbandsklagerecht. Bürgerinitiativen, die sich in Genehmigungsverfahren engagieren, müssen bei Bedarf juristische oder fachliche Sachverständige ihres Vertrauens aus öffentlichen Kassen finanziert werden. DIE LINKE. NRW setzt sich für die Einrichtung und Verstetigung von Kinder- und Jugendparlamenten mit verbrieften Vorschlagsrechten und Kompetenzen auf kommunaler Ebene sowie für das „Wahlrecht ab 16“ ein, damit junge Menschen frühzeitig an der Demokratie teilnehmen können.

Die Gemeindeordnung des Landes NRW muss gründlich reformiert werden. Der Wegfall der 5%-Hürde im Jahr 1999 musste beim Landesverfassungsgericht erstritten werden. In der Gemeindeordnung, der „Ratsverfassung“ unseres Landes, befinden sich allerdings noch zahlreiche Regelungen, die der Aufhebung der 5 %-Klausel widersprechen. Gewählte MandatsträgerInnen und einzelne Fraktionen brauchen das demokratische Recht auf jederzeitige vollständige Akteneinsicht. Die Verteilung von Ausschusssitzen muss nach dem demokratischeren Hare-Niemeyer-System erfolgen anstatt nach d'Hondt, das nur die großen Fraktionen begünstigt. Wir fordern die Rücknahme aller Restriktionen in der Gemeindeordnung, die die schwarzgelbe Regierung durchgesetzt hat, und setzen uns für eine Gemeindeordnung ein, die die demokratischen Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger und der Ratsmitglieder stärkt.

DIE LINKE. NRW setzt sich dafür ein, dass die Rolle der Kommunen als bürgernächste Funktionsebene des Staates durch eine Gemeindefinanzreform und die Verankerung eines kommunalen Mitbestimmungsgremiums auf Bundesebene deutlich gestärkt wird.

DIE LINKE.
NORDRHEIN-WESTFALE

Corneliusstraße 108 · 40215 Düsseldorf ·
Tel. 0211/358907 · Fax 0211/358908 ·
email: lgs@dielinke-nrw.de
V.i.S.d.P.: Günter Blocks